



WIKTOR DABKOWSKI / ACTION PRESS

GUANTANAMO-HÄFTLINGE

Steinmeier gegen Uiguren

In den Verhandlungen über die Aufnahme von Gefangenen aus dem US-Lager Guantanamo will nun auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) verhindern, dass eine größere Gruppe Uiguren nach Deutschland kommt. Der amerikanische Guantanamo-Beauftragte Daniel Fried hatte Ende April eine Liste mit Namen von neun Männern, die zur chinesischen Minderheit der Uiguren gehören, in Berlin übergeben. Steinmeier fürchtet, dass die Aufnahme massiven Ärger mit China verursachen würde. Die Regierung in Peking hält die Häftlinge für Terroristen und verlangt ihre Auslieferung. Vorige Woche sprach Steinmeiers Staatssekretär Reinhard Silberberg in Washington die Vorbehalte des Auswärtigen Amts an: Deutschland könne Uiguren nur aufnehmen, wenn sich auch andere Europäer beteiligten – so würde der Zorn Pekings wenigstens verteilt. Zudem wolle Berlin nur eine kleine Gruppe der Uiguren ins Land lassen, womöglich er-



Steinmeier, Gefangenenlager Guantanamo

CHIP SOMODEVILLA / GETTY IMAGES

gänzt um Gefangene anderer Nationalität. Steinmeiers Diplomaten verfolgen das amerikanische Vorgehen derzeit mit Misstrauen, zumal Fried bereits unter Bush als Staatssekretär gedient hat. Unterstützung erhält Steinmeier von Altkanzler Gerhard Schröder (SPD), der vor der Aufnahme der Uiguren warnt. „Eine solche Entscheidung würde das deutsch-chinesische Verhältnis aufs schwerste belasten“, so Schröder. Es sei zwar richtig, US-Präsident Barack Obama bei der Schließung von Guantanamo zu unterstützen. Doch „nur die USA selbst können die Uiguren aufnehmen, ohne dabei größeren außenpolitischen Schaden zu produzieren“, sagt Schröder.

AFGHANISTAN

Mädchen ohne Schule

Unter den Augen der Bundeswehr könnte einer der wichtigsten Erfolge beim Wiederaufbau Afghanistans zunichtegemacht werden: der Schulbesuch für Mädchen. Im Raum Kunduz, wo die Deutschen seit 2003 ein regionales Wiederaufbauteam unterhalten, wurden in den vergangenen Wochen sechs Mädchenschulen aus Angst vor der Gewalt der Taliban geschlossen. In Drohbriefen hatten islamistische Terroristen mit Säure- oder Gasattentaten gedroht; danach blieben die Mädchen und Lehrer den Schulen fern, bis diese von den afghanischen Behörden geschlossen wurden. Der betroffene Distrikt Chahar Darreh in der Provinz Kunduz steht weitgehend unter der Kontrolle der Taliban; einige der dort lebenden Paschtunen sind ihnen freundlich gesinnt. Die Bundeswehr

sieht sich außerstande, die Schulen im Distrikt zu schützen – und in der Bundesregierung herrscht Ratlosigkeit, was der Drohkampagne entgegenzusetzen sei. Dabei kommt dem Schulbesuch afghanischer Mädchen eine zentrale Bedeutung für die Legitimation des zusehends umstrittenen Afghanistan-Einsatzes zu. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die „sechs Millionen Schulkinder,

darunter sehr, sehr viele Mädchen“ vor wenigen Tagen als einen der „achtbaren Erfolge“ beim deutschen Wiederaufbau bezeichnet: „Ich habe mich bei meinem Besuch im Norden des Landes genau davon überzeugen können.“ Merkel war Anfang April zu den Bundeswehrstandorten in Kunduz und Masar-i-Scharif gereist und hatte dort auch eine Schule besichtigt. Aus dem

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verlaute „große Sorge“ über die Schließung der Schulen. Die Förderung der Mädchen sei „einer der zentralen Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“. Die afghanische Regierung müsse „alles dafür tun, dass auch die Mädchen regelmäßig und in Sicherheit in die Schule gehen können“.



OMAR SAHANI

Mädchenschule in der Provinz Kunduz